

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 16. oktober 1970

blatt 3136

kontaktzentrum der verkehrsbetriebe: 25.000 besucher

4 wien, 16.10. (rk) das kontaktzentrum der wiener verkehrsbetriebe in der mariahilfer-passage (zwischen mariahilfer strasse und babenbergerstrasse) erweist sich als grosse attraktion: in drei wochen sind bereits mehr als 25.000 besucher gezaehlt worden. das kontaktzentrum wurde am ''tag der offenen tuer'', am 27. september, eroeffnet. an diesem tag kamen fast 9.000 besucher. seither haelt der besucherstrom an: montag bis freitag (geoeffnet von 16 bis 19 uhr) werden taeglich 350 bis 450 besucher gezaehlt, an samstagen (10 bis 17 uhr) jeweils um tausend und an sonntagen (10 bis 16 uhr) 1200 bis 1400.

im kontaktzentrum befindet sich der fahrerstand eines modernen ''emil''-triebwegens, auf dem sich jeder als strassenbahnfahrer versuchen und das ergebnis seines tuns auf den lichteffekten einer grossen schautafel verfolgen kann. ausserdem gibt es eine ausstellung alter fahrkarten, historische fotos, einen lichtbildervortrag und karikaturen zu sehen.

die verkehrsbetriebe freuen sich besonders darueber, dass viele besucher interesse fuer die taetigkeit bei den verkehrsbetrieben zeigen und bereits 22 bewerbungen fuer diese arbeit abgegeben wurden.

0855

wiener budget 1971:

auf stadtratsebene durchberaten
staerkere ausweitung als in den vergangenen jahren

1 wien, 16.10. (rk) die verhandlungen ueber das budget der stadt wien 1971 sind donnerstag auf stadtratsebene fuer die 13 geschaeftsgruppen der hoheitsverwaltung abgeschlossen worden. die gespraechе ueber die wirtschaftsplaene der staedtischen unternehmungen folgen am 22., 23. und 27. oktober.

vizebuengermeister felix s l a v i k teilte der 'rathaus-korrespondenz' mit, dass die budgetstruktur vor allem durch zwei neue faktoren beeinflusst wurde: durch das ergebnis der verhandlungen ueber die sanierung der stadtwерke und durch neue grossvorhaben. der u-bahn-bau und der absolute hochwasserschutz werden im kommenden jahr erstmals budgetmaessig voll wirksam. ausserdem wurde fuer die planung und bauvorbereitung fuer das internationale behoerdenzentrum vorsorge getroffen, obwohl im kommenden jahr noch nicht mit dem baubeginn zu rechnen ist. dieses vorhaben wird das wiener budget voraussichtlich ab 1972 staerker belasten.

weiter wurde fuer einen verstaerkten wohnungsbau gesorgt, besonderen vorrang erhalten jedoch schulbau und fuersorgebauten, wie kindergaerten und pensionistenheime, aber auch der spitalsbau wird forciert. infolge der grossen zusaetzlichen bauvorhaben - es ist allein mit rund 1,2 milliarden ausgaben fuer neue aufgaben zu rechnen - und der sanierung der stadtwерke ist eine staerkere ausweitung des budgets als in den vergangenen jahren zu erwarten. die fuer 1971 vorgesehenen ausgaben werden voraussichtlich durch die einnahmen nicht voll gedeckt werden koennen. ueber die form, wie der abgang gedeckt wird, werden noch ueberlegungen angestellt.

0755

verkehrsmaßnahmen der kommenden woche:

fahrbahnverengung in der mariahilfer strasse
gleisarbeiten in der breitenfurter strasse und wittelsbachstrasse

3 wien, 16.10. (rk) fuer die dauer von zwei wochen treten ab montag wegen reparaturarbeiten auf dem teilstueck stiftgasse/nelkengasse der mariahilfer strasse behinderungen fuer den autoverkehr auf. um mit der ausbesserung der schadhaften fahrbahnstellen rasch voranzukommen, wird auch nachts gearbeitet. es wird jeweils ein stueck eines fahrestreifens fuer die arbeiten abgegrenzt, dennoch muessen stauungen in kauf genommen werden.

breitenfurter strasse: fahrbahnverengung

ebenfalls fuer die dauer von zwei wochen wird es ab montag auf der breitenfurter strasse in meidling im abschnitt oswaldgasse/altmannsdorfer strasse wegen sanierungsarbeiten im gleisbereich behinderungen fuer den verkehr in beiden richtungen geben. die fahrbahn wird auf einen fahrestreifen verengt. eine geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h und ein ueberholverbot sind zu beachten.

wittelsbachstrasse: gleisbau

ab montag beginnen in der wittelsbachstrasse in der leopoldstadt zwischen rotundenbruecke und boecklinstrasse gleisbauarbeiten der verkehrsbetriebe. fuer die dauer von fuenf wochen muss daher dieser abschnitt gesperrt werden. umleitung richtung prater: rotundenbruecke schuettelstrasse - thugutstrasse - boecklinstrasse - wittelsbachstrasse; umleitung stadteinwaerts: wittelsbachstrasse - boecklinstrasse - tiergartenstrasse - schuettelstrasse - rotundenbruecke. tiergartenstrasse, thugutstrasse und schuettelstrasse werden im sinne der umleitung zu einbahnen deklariert. (forts. moeglich)

wiener budget 1971:

mehr personal fuer spitaeler, kindergaerten und volkszaehlung

2 wien, 16.10. (rk) nach abschluss der verhandlungen ueber das budget der geschaeftsgruppe 1 (personalangelegenheiten, verwaltungs- und betriebsreform) teilte stadtrat hans b o c k der 'rathaus-korrespondenz' mit, dass ~~das~~ personal der ~~hoheitsverwaltung~~ 1971 gegenueber 1970 um rund 1700 personen erhoehrt wird. die personalvermehrung betrifft nicht den verwaltungsdienst, sondern ausschliesslich die dienstleistungen im interesse der bevoelkerung. die personalaufwendungen der stadt wien werden im kommenden jahr 5 milliarden schilling uebersteigen. den groessten anteil an den personalerhoehungen, naemlich fast 600, hat das anstaltenamt-in erster linie fuer die spitaeler. die arbeitszeitverkuerzung sowie der abgang von ordensschwestern machen diese personalvermehrung noetig. fuer acht neue kindergaerten mit 38 gruppen sind rund 200 zusaetzliche bedienstete noetig. weitere personalvermehrungen wurden durch den forcierten u-bahn-bau, das grossprojekt der hauptklaeranlage an der donau, bei der muellabfuhr und im wasserwerk notwendig. schliesslich muessen etwa 400 personen, allerdings voruebergehend, fuer die durchfuehrung der alle zehn jahre faelligen volks- und betriebszaehlung sowie fuer die bundespraesidentenwahl aufgenommen werden.

von den 1700 zusaetzlichen einstellungen wurden 700 bereits heuer im zusammenhang mit der arbeitszeitverkuerzung durchgefuehrt. sie schienen allerdings im budget 1970 noch nicht auf, sodass eben beim budgetvergleich eine personalmehrung um 1700 aufscheint.

fuer die gemeindeverwaltung als ganzes wird die personalvermehrung wesentlich geringer sein, weil bei den stadtwerken personalreduzierungen eintreten werden. die genauen ziffern werden erst nach fixierung des wirtschaftsplanes der stadtwerke vorliegen, die voraussichtlich am 27. oktober erfolgen wird.

fuer die ausgaben der geschaeftsgruppe 1 ist auch von bedeutung, dass am 1. juli 1971 die dritte etappe der gehaltsregulierung wirksam wird. erhoehetes gewicht wird auch auf die weiterbildung der bediensteten gelegt, der dafuer bestimmte betrag wurde gegenueber 1970 verdoppelt.

wochenprogramm der wiener stadthalle

5 wien, 16.10. (rk) in der wiener stadthalle gibt es vom 19. bis 25. oktober 1970 folgende veranstaltungen:

montag,	19. oktober:	publikumseislaufen	14.00 bis 18.30 uhr
dienstag,	20. oktober:	publikumseislaufen	14.00 bis 18.30 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
mittwoch,	21. oktober:	publikumseislaufen	14.00 bis 18.30 uhr
donnerstag,	22. oktober:	publikumseislaufen	14.00 bis 18.30 uhr
		''udo 70''	20.00 uhr
freitag,	23. oktober:	publikumseislaufen	14.00 bis 18.30 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
samstag,	24. oktober:	oesterreichische meisterschaften im tischtennis	9.00 uhr
		publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr
		fuehrungen	14.00 uhr
sonntag,	25. oktober:	oesterreichische meisterschaften im tischtennis	9.00 uhr
		publikumseislaufen	8.30 bis 13.00 uhr
			14.00 bis 18.30 uhr
		fuehrungen	10, 11, 12 und 14 uhr

0932

bezirksvertretungssitzung in der kommenden woche

6 wien, 16.10. (rk) in der kommenden woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

mittwoch, 21. oktober, 18.15 uhr, innere stadt, 1, wipplingerstrasse 8 (altes rathaus), stiege 1, festsaal.

0959

Wiener Landtag

=====

Wien, 16.10 (RK) Der Wiener Landtag trat Freitag (Vorsitz Präsident Dr. Wilhelm Stemmer) zu einer Sitzung zusammen, in der zwei Gesetzesentwürfe vorlagen. Von der FPÖ wurde eine Anfrage eingebracht.

Stadtrat Hans Bock sprach zum Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für die von der Stadt Wien anzustellenden Kindergärtnerinnen und Erzieher an Horten. Er verwies darauf, daß die Stadt Wien in Kindergärten und Horten derzeit 1320 Bedienstete mit pädagogischen Aufgaben beschäftigt, davon 1197 Kindergärtnerinnen, 14 Horterzieher und 109 Helferinnen. Dazu kommen 30 teilbeschäftigte Kräfte, 54 Säuglingsschwestern mit pädagogischen Aufgaben, 25 in Einschulung befindliche Kräfte, 17 jugendliche Helferinnen und 217 Leiterinnen von Kindertagesheimen. Im Interesse der Bevölkerung sind immer mehr Einrichtungen zur Betreuung von Kindern notwendig. Die Stadt Wien ist bemüht, durch Neubauten diesem Bedarf Rechnung zu tragen, doch ergibt sich dabei gleichzeitig das Problem der Sicherung von genügend fachlich geschulten Nachwuchskräften. Es kommt nämlich nicht nur darauf an, daß die Kinder unter Aufsicht stehen, sondern es sind vor allem die erzieherischen Aufgaben fachgemäß zu bewältigen. Das vorliegende Gesetz löst diese Aufgabe zum Teil, indem es die fachlichen Anstellungserfordernisse festlegt, die benötigte Zahl von Fachkräften kann es allerdings nicht sichern. In dieser Hinsicht hat die Stadt Wien durch die Gehaltsregulierung für die Kindergärtnerinnen bewiesen, wie sehr sie sich der Bedeutung des Problems bewußt ist.

Abstimmung: Ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Neues Bestattungsgesetz beschlossen

Der zweite Tagungsordnungspunkt, das Gesetz über die Regelung des Leichen- und Bestattungswesens, wurde vom Landtag sehr ausführlich beraten. Stadtrat Dr. Krasser als Bericht-erstatter charakterisierte den neuen Entwurf als Musterbei-spiel demokratischer Willensbildung und ging kurz auf die wichtigsten Änderungen ein. Während früher nur Angehörige oder Hausgenossen verpflichtet waren, Todesfälle zu melden, ist jetzt jedermann verpflichtet, die Meldung zu erstatten. Die Anlage von Sonderbestattungsanlagen kann von Familien auf eigenem Grundbesitz oder von Ordensgemeinschaften beantragt werden. Die Bewilligung hat nach einem Ermittlungsverfahren zu erfolgen. Auf Wunsch der Angehörigen ist neuerdings auch eine namenlose Aschenbestattung möglich.

Abg. Dr. Tuma (DFP) bezeichnete es als unvorteilhaft, daß die Todesfallmeldung ausschließlich an die Dienststellen des Magistrats erfolgen müsse und daß nicht auch jede Polizeidienst-stelle die Meldung entgegennehmen könne.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärte, daß trotz intensiver legislativer Tätigkeit einige Einzelheiten unbefriedigend seien und brachte fünf Abänderungsanträge ein.

Abg. Dr. Macher (ÖVP) stellte fest, daß innerhalb eines Jahres eine Arbeit bewältigt werden konnte, die 17 Jahre lang nicht erledigt werden konnte.

Abg. Dr. Zeman (SPÖ) beschäftigte sich mit den historischen Hintergründen des Leichen- und Bestattungswesens.

Von den fünf Abänderungsanträgen der FPÖ wurden vier abgelehnt und einer - der lediglich eine grammatikalische Korrektur betraf - angenommen. Das neue Wiener Leichen- und Bestattungs-gesetz wurde schließlich in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

(Ende des Landtages.)

- - -

Wiener Landtag (Zusammenfassung)

=====

Wien, 16.10.(RK) Der Wiener Landtag beschloß in seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien am Freitag zwei neue Landesgesetze. Ohne Debatte wurde das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen angenommen (Referent Stadtrat Bock). Eine längere Debatte entspann sich über die Neuregelung des Leichen- und Bestattungswesens in Wien (Berichterstatter Stadtrat Dr. Krasser). Redner aller vier im Landtag vertretenen Parteien nahmen dazu Stellung. Auch dieses Gesetz wurde einstimmig angenommen.

- - -

verkehrsmaßnahmen der kommenden woche (forts):

margaretenguertel: verbindungsstueck wird saniert

9 wien, 16.10. (rk) ab montag beginnen auf dem verbindungsstueck zwischen margaretenguertel und gaudenzdorfer guertel im bereich margaretenstrasse/arnndtstrasse arbeiten zur erneuerung des belags und des unterbaus. gleichzeitig werden im zuge des mit der verkehrslitzentrale koordinierten guertel-signalsystems verkehrssampeln installiert. fuer die dauer von vier wochen ist daher das erwaehnte fahrbahnstueck gesperrt. umleitung stadtauswaerts: margaretenguertel-emil kralik-gasse - gaudenzdorfer guertel, der verkehr stadteinwaerts ist wie bisher ueber die schoenbrunner strasse moeglich. die heute, freitag, nachmittag erfolgende freigabe des gaudenzdorfer guertels im abschnitt linke wienzeile/flurschuetzstrasse, die uebrigens auch wieder die freigabe der arndtstrasse als einbahn richtung meidling zur folge hat, wird selbstverstaendlich von den sanierungsarbeiten nicht tangiert. (schluss)

1236

montag, 9.30 uhr:

maennergesangsverein aus der bnd singt im wiener rathaus

11 wien, 16.10. (rk) 150 mitglieder des bundesdeutschen maennergesangsvereines 'fluegelrad' kommen am montag, 19. oktober, um 9.30 uhr, ins wiener rathaus. im stadtsenatsaal, wo stadtrat s u t t n e r sie im ~~na~~men des buergermeisters begruessen wird, werden sie ein staendchen bringen.

1349

g e s p e r r t b i s 2 0 u h r :

empfang europaeischer eisenbahnenvertreter

12 wien, 16.10. (rk) im wappensaal des wiener rathauses empfing freitag stadtrat franz n e k u l a in vertretung des buergermeisters teilnehmer des gegenwaertig in wien abgehaltenen internationalen aec (association europeenne des cheminots) kongresses. als ehrengaeste waren unter anderem der generaldirektor der oesterreichischen bundesbahnen, hofrat dr. karl k a l z und der aec-praesident armand h u e t erschienen.

hauptziel dieser 1956 gegruendeten vereinigung europaeischer eisenbahnen, der heute rund 4000 mitglieder in fast allen europaeischen laendern angehoren, ist die foerderung des europagedankens unter dem personal der eisenbahnen. arbeitsziele des kongresses, an dem neben den vertretern oesterreichs auch delegierte aus belgien, der bundesrepublik deutschland, frankreichs und italiens teilnehmen, sind: 1. die aktivierung der taetigkeit der internationalen organe und ausschuesse, 2. die intensivierung der zusammenarbeit zwischen den einzelnen nationalen sektionen.

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 16.10. (RK) Vorsitz: Bürgermeister Marek.

Anfragen: eine der DFP, drei der FPÖ und drei der ÖVP. Die FPÖ-Anträge betreffen die Instandsetzung des städtischen Amtshauses, 14, Penzinger Straße und die Errichtung eines Fußgängerüberganges in der Löwengasse. Vier ÖVP Anträge verlangen die ständige ärztliche Kontrolle bleivergiftungsgefährdeter Berufsgruppen, die Schaffung von geeigneten Abstellplätzen für Fernlaster, Trassenführung einer Autobahn zwischen Wien und Eisenstadt im 10. und 11. Bezirk, und Maßnahmen der Wiener Stadtverwaltung zur Bekämpfung des Verkehrslärmes.

Wahlen: Als neue Mitglieder des Aufsichtsrates der "Wiener Städtischen" werden Gemeinderat Rudolf Föder (SPÖ) und Bezirksvorsteher Othmar Emerling (SPÖ) gewählt, in die Gemeinderätliche Personalkommission SR. Dr. Prohaska und Alfred Schwab.

Vorfinanzierung

Vizebürgermeister Slavik beantragt die Aufnahme eines Kredites von 125 Millionen bei der Zentralsparkasse und Weitergabe an den Bund zur Anschaffung von acht Schnellbahnzugsgarnituren. Die Zinsen sollen von der Stadt Wien übernommen werden. Durch die Vorfinanzierung dieser acht Garnituren soll der Bund Mittel für die Elektrifizierung der Verbindungsbahn frei bekommen.

Ein zweiter von Vizebürgermeister Slavik eingebrachter Antrag sieht die Vorfinanzierung von 17.100 Fernsprechan schlüssen in Wien vor. Diese Vorfinanzierungsaktion wird 2 Millionen Schilling erfordern. Der Bund hat sich bereit erklärt, drei Prozent der Zinsen zu tragen, so daß der Wiener Zinsenzuschuß vier Prozent betragen wird.

GR. Joachim Müller (DFP) kritisiert, daß man für die Errichtung der U-Bahn eine U-Bahn-Abgabe eingeführt habe, jetzt aber Kredite aufnehme, diese dem Bund zur Verfügung stelle und den nicht geringen Zinsendienst übernehme.

GR. Dr. Goller (ÖVP) bedauert, daß die vorliegenden Anträge die Zinsenlast nicht zahlenmäßig enthalten. Er habe diese ausgerechnet. Allein die Vorfinanzierung der Schnellbahn-Garnituren kommt auf 119,9 Millionen innerhalb der zwanzigjährigen Laufzeit. Die Wiener leisten also eine große finanzielle Hilfe, damit die SPÖ-Regierung ihre Wahlversprechen halten kann. Wenn wir aber diese rund 119 Millionen zur Verfügung stellen, dann sollte man auch für eine günstige und bessere Verkehrserschließung sorgen. Dazu gehört auch, die Bundesbahnstrecke Ostbahnhof - Simmering - Stadlau - Hirschstetten in das Schnellbahnnetz aufzunehmen.

Die Vorfinanzierung von 17.100 Fernsprechan schlüssen entspräche nicht dem Wahlversprechen der Sozialisten, das 20.500 Anschlüsse enthalten hätte. Die Zinsenbelastung für diese Vorfinanzierung belaufe sich auf rund 18 Millionen Schilling.

GR. Dinhof (SPÖ) verweist darauf, daß es Vorfinanzierungen auch während der Zeit der ÖVP-Regierung gegeben habe. Man soll also jetzt nicht davon sprechen, daß die Wiener Steuerzahler Wahlversprechen der SPÖ-Regierung bezahlen müssen. Die Investitionen werden im Interesse der Wiener Bevölkerung vorgenommen und was die ÖVP-Presse in der Vergangenheit als zweckmäßig und notwendig erachtet hat, soll sie jetzt nicht als schlecht hinstellen. Die Sozialisten könnten aber nun nicht in einigen Monaten alles das gut machen, was ein ÖVP-Finanzminister in 25 Jahren und vor allen Dingen in den letzten Jahren versäumt habe.

Der Stadt Wien sei die politische Zusammensetzung der Bundesregierung immer gleichgültig gewesen, wenn es um gemeinsame Aktionen mit dem Bund ging, erklärte Vizebürgermeister Slavik im Schlußwort. Schon seit 1956 - damals noch mit Finanzminister Kamitz - habe es solche gemeinsamen Aktionen gegeben, also mit der Großen Koalition, dann mit der ÖVP-Alleinregierung und jetzt mit der SPÖ-Alleinregierung.

Allerdings seien Vorfinanzierungsangebote der Stadt Wien - etwa auf dem Gebiet des Baues von Mittelschulen - von der ÖVP-Regierung abgelehnt worden. In Wirklichkeit, sagte Slavik,

sei es "gar nicht so schwer, Politik in Wien zu machen: Man muß nur einfach die Interessen der Wiener Bevölkerung als oberste Maxime politischen Handelns verstehen."

Zu der in der Diskussion mehrfach erwähnten U-Bahnfinanzierung meinte Slavik, es sei doch wohl "ein sinnloser Versuch der ÖVP", jetzt so zu tun, als wäre sie schon immer für einen Bundeszuschuß gewesen. Der Einspruch der Volkspartei im Bundesrat gegen den entsprechenden Gesetzentwurf sei doch wahrhaftig nicht aus der Welt zu schaffen. Die nunmehrige Aufteilung der Raten jenes 2,4-Milliarden Zuschusses sei ebenfalls sehr günstig.

Abstimmung: Beide Anträge (Schnellbahngarnituren und Telefonanschlüsse) einstimmig angenommen.

Neue Schule

Eine neue Schule im Zentrum der Per Albin-Hansson-Siedlung Ost wird eine österreichische Novität aufweisen. In dieser Schule ist eine sogenannte Rundturnhalle mit 50 Meter Durchmesser vorgesehen. Diese Halle kann durch Vorhänge in drei Teile geteilt werden. Dies berichtete GR. Ascherl (SPÖ) in seinem Antrag auf Genehmigung des Entwurfes und der Kosten.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) schickte seinem Debattenbeitrag voraus, daß seine Fraktion dem Antrag natürlich die Zustimmung geben werde. Der Grund seiner Wortmeldung: Er zweifle, daß mit den 32 Klassen der geplanten Schule das Auslangen gefunden werde. Nach seinen Berechnungen müsse man bei 16.000 Einwohnern, die dieses Wohngebiet nach dem Endausbau aufweisen wird, mit rund 20 Schülern pro Klasse rechnen. Seine Befürchtungen bezogen auch die Lehrer ein: Wien müsse große Anstrengungen unternehmen, um die Arbeit des Lehrers zu erleichtern. Die Tatsache, daß rund 26 Prozent der Absolventen der Pädagogischen Akademie nicht den Lehrberuf in einer Pflichtschule wählten, spräche für seine Befürchtung.

Berichterstatter Ascherl replizierte im Schlußwort auf die Befürchtungen und Vorwürfe mit genauen Zahlen: In Wien rechne man damit, daß für rund 1.000 Wohnungen 23 Klassen notwendig sind. Zwölf Klassen weise die vor einem Jahr eröffnete Schule auf,

diese Schule soll in Zukunft um zwölf weitere Klassen erweitert werden. 36 Klassen bietet die geplante Schule, 40 weitere Klassen sollen nach den Planungen der Schulverwaltung in Wohnhäusern untergebracht werden, die später, wenn der Schulraumbedarf nicht mehr so groß ist, als Wohnungen verwendet werden können. Insgesamt werden daher in diesem Gebiet 96 Klassen zur Verfügung stehen.

Ein Beweis dafür, daß die Schulraumplanung in Wien sehr sorgfältig erfolgt, sei die Tatsache, daß Wien als einziges Bundesland keinen Wechselunterricht an den Pflichtschulen einführen muß. Die Lehrersituation in Wien zeige auch, daß die Bemühungen der Schulverwaltung Erfolg haben. Abschließend verwies Ascherl auf die Erklärung von Frau Vizebürgermeister Sandner anlässlich der Budgetperlustrierung, daß in Wien derzeit rund 500 Schulklassen gebaut oder geplant werden, und dafür eine Milliarde Schilling vorgesehen ist.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Verpflegskosten

GR. Lehner (ÖVP) beantragte die Erhöhung des Verpflegkostensatzes für die behinderten Kinder und Jugendlichen, die in den Werkstätten des Vereins "Lebenshilfe" beschäftigt sind von 65 auf 72,40 Schilling (rückwirkend ab 1. Jänner 1969).

GR. Dr. Wolfram (FPÖ): Die schleppende Behandlung der Anträge des Vereins sei bedauerlich, zumal diesem "das Wasser bis zum Hals" stehe. Es sei auch sinnvoller, wenn man statt von "Verpflegskosten" von "Betreuungskosten" spreche.

Im Schlußwort wies GR. Lehner darauf hin, daß der finanzielle Bedarf der "Lebenshilfe" jeweils erst nach Abschluß der Jahresbilanz feststehe, daß dann aber immer alles "sehr gerne" bezahlt werde. Die Bezeichnung des Kostenbeitrags sei deshalb irrelevant, da es sich ohnehin in erster Linie um eine umfassende Betreuung handle.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Verkehrserhebung

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) brachte den Antrag ein, die große Verkehrserhebung, die vom Wiener Institut für Standortberatung derzeit durchgeführt wird, nachträglich zu genehmigen. Zehn Prozent aller Wiener Haushalte, das sind rund 70.000, werden dabei befragt.

GR. Edlinger (SPÖ) würdigte diese Untersuchung als die größte Erhebung, die je in Wien durchgeführt wurde. Die Pläne der Stadt müssen an den Wünschen, den Bedürfnissen, aber auch den Gewohnheiten der Bevölkerung orientiert werden. Der Redner unterstrich das große Verständnis, das die Befragung bei fast allen findet, die von den Interviewern aufgesucht werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Kinderfreibad

Der Antrag, in der Quadenstraße im 22. Bezirk ein neues Kinderfreibad zu errichten, wurde von GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) vertreten. Mit einem Kostenaufwand von 4.080.000 Schilling sollen dort ein Planschbecken, ein Kinderschwimmbad und eine Umkleidekabine errichtet werden, die im Winter als Jugendklub verwendet werden kann.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) und GR. Prof. Zörner (ÖVP) stellten die Frage, welcher Jugendklub in dem neuen Kinderfreibad untergebracht werden soll.

GR. Ing. Hofstetter erwiderte im Schlußwort, daß es noch an keinen Jugendklub eine Zusage gebe. In dem Gebiet, in dem jetzt schon 18.000 Menschen wohnen, werden sich jedoch sicher Interessenten finden. Er verwies auf das Beispiel der Häuser der Begegnung, wo verschiedene Jugendorganisationen ein Obdach gefunden haben. Wird ein Jugendklub in einem Wohnhaus untergebracht, gibt es wegen des Lärms oft Schwierigkeiten. Ein weiterer Vorteil des Winterbetriebs im Kinderfreibad ist ein gewisser Schutz der Anlagen, der dadurch erreicht wird. Leerstehende Anlagen werden oft von meist unbekannt bleibenden Tätern beschädigt, allein in Döbling erforderte die Renovierung eines devastierten Kinderfreibades zwei Millionen Schilling.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Aufzüge

Zu lebhaften Auseinandersetzungen über das Wohnungsverbesserungsgesetz kam es im Zusammenhang mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung, der von GR. Outolny (SPÖ) referiert wurde und den nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen in einer städtischen Wohnhausanlage betraf.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) stellte fest, daß von den 86,5 Millionen Schilling, die im Rahmen des Wohnungsanforderungsgesetzes vergeben wurden, 53 Millionen - das sind 62 Prozent - von der Gemeinde Wien in Anspruch genommen wurden, was den Wert dieses Gesetzes unterstreiche. Hingegen sei es bedauerlich, daß in Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien mit mehr als vier Stockwerken nicht schon früher Aufzüge eingebaut worden sind, was wesentlich billiger gekommen wäre.

GR. Windisch (SPÖ) gab zu bedenken, daß die Gemeinde Wien 1970 nur zehn Millionen in Anspruch genommen habe, während allein zur Propagierung des Wohnungsverbesserungsgesetzes sieben Millionen Schilling ausgegeben worden seien. Im übrigen würden die Verbesserungen ja von den Mietern bezahlt, der Bund bezahle nur den Zinsendienst. Daß der Löwenanteil der Gemeinde Wien zufalle, sei leicht zu erklären: die privaten Hausbesitzer hätten an den Verbesserungen eben kein großes Interesse.

In seinem Schlußwort verwies GR. Outolny darauf, daß seit 1950 in städtischen Wohnhausanlagen mit mehr als vier Stockwerken Schächte für den nachträglichen Einbau von Aufzügen vorgesehen werden. Seit 1957 wurden 68 Millionen für die Errichtung dieser Aufzüge aufgewendet. In rund 1700 Stiegenhäuser müssen noch Aufzüge eingebaut werden, wofür mindestens 600 Millionen notwendig sind.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Sicherungsarbeiten

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) beantragt die Genehmigung der als Ersatzvornahme angeordneten Sicherungsarbeiten im Haus 9, Berggasse 20, mit einer voraussichtlichen Kostensumme von 1,210.000 Schilling.

GR. Krenn (FPÖ) stellt fest, daß das Objekt seit Kriegsende fünfmal den Besitzer gewechselt hat. Der derzeitige Eigentümer erwarb es im Wege einer Zwangsversteigerung und hatte an einer Instandsetzung keinerlei Interesse. Er versuchte eine Abbruchbewilligung zu erhalten und die Mieter zum Ausziehen zu bewegen. Frei gewordene Räumlichkeiten wurden aber sofort zu enormen Preisen als Massenquartiere für Fremdarbeiter verwendet. Es sei bedauerlich, daß die Baubehörde nicht genug Macht hatte, hier früher einzuschreiten.

GR. Windisch (SPÖ) verweist auf die mangelhaften zivilrechtlichen Bestimmungen. Das Haus Berggasse umfaßt 35 Wohnungen und zwei Geschäftslokale. Sein Besitzer hat alles unternommen, um es abbruchreif werden zu lassen. Leider sind die Bestimmungen über die Ersatzvornahmen nicht ausreichend, um eine solche schon in kürzester Zeit zu gewährleisten. Aber auch die Bestimmungen des Mietengesetzes sind unzureichend, weil sie keinerlei Möglichkeit bieten, im Zuge von Verfahren die Erhaltung eines Hauses zeitgerecht zu erzwingen. Der vom Eigentümer angestrebte Abbruch des Hauses kann nur im Wege der Ersatzvornahme verhindert werden.

GR. Ing. Nedwed erklärt abschließend, daß im Interesse der Öffentlichkeit und der Mieter die Spekulation mit dem genannten Objekt verhindert werden soll.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

EDV-Lokal an der Ringstraße

GR. Schemer (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung eines Stadtsenatsbeschlusses, wonach im Haus Dr. Karl Lueger-Ring 10 Büroräume für das "Büro für Verwaltungstechnik und Organisation" des Magistrats gemietet werden. Es handelt sich um eine Fläche von 1.025 Quadratmeter. Wie Schemer sagte, sei der rasche

./.

Beschluß nötig geworden, da mit der Aufstellung bereits gelieferter EDV-Anlagen nicht gewartet werden konnte.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte, daß ein Mietpreis von 140 Schilling pro Quadratmeter eine absolute Rekordhöhe darstelle. Dies mache offenbar den "neuen Stil" der Gemeindeverwaltung aus, wonach das Teuerste gerade gut genug sei. Man habe das schon am Beispiel des Amtshauses Modenapark gesehen, wo ein Bürogebäude für eine Jahresmiete von 6,3 Millionen Schilling gemietet worden sei. Die feudale Adresse an der Ringstraße sei für ein EDV-Büro ganz und gar unnötig, da dieses ja keine Repräsentationspflichten zu erfüllen habe.

GR. Schemer stimmte im Schlußwort der Bezeichnung "Rekordmiete" durchaus zu: Es handle sich dabei um nichts anderes als die Auswirkungen des Mietrechtsänderungsgesetzes, die in diesem Fall einmal eine öffentliche Körperschaft trafen. Andere geeignete Räumlichkeiten seien weder in Rathausnähe noch in der weiteren Umgebung zu finden gewesen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Erdgasumstellung

G^r. Pöder (SPÖ) beantragte die Übernahme einer Ausfallhaftung durch die Gaswerke. Die Kreditaktion der Zentralsparkasse für die Neuanschaffung von Geräten bei der Erdgasumstellung sei an gewisse Bedingungen geknüpft (der Bewerber muß zwischen 21 und 65 Jahre alt sein, ein gewisses Mindesteinkommen haben und mindestens ein Jahr bei seinem derzeitigen Dienstgeber beschäftigt sein), die von einem Teil der Betroffenen nicht eingehalten werden könnten. Damit auch dieser Personenkreis der Kreditaktion teilhaftig werden könne, sollen die Gaswerke eine Ausfallhaftung bis zu einer Höchstgrenze von zwei Millionen Schilling jährlich übernehmen.

Gemeinderat Hahn (ÖVP) begann mit einer Kritik an den schriftlichen Richtlinien für die Kreditvergabe. Sie seien so unübersichtlich, daß sich derjenige, der den Kredit in Anspruch nehmen wolle, nur schwer auskenne. Es sei außerdem eigenartig, daß man nie Berechnungen angestellt habe, wie hoch die Belastung der Konsumenten sei. Nach Ansicht des ÖVP-Gemeinderates sei sie auf

jeden Fall zu hoch. Die niederösterreichische Landesgesellschaft NIOGAS sei den Kunden gegen über wesentlich großzügiger. Er appellierte an die Vertreter der SPÖ, den seinerzeitigen ÖVP-Antrag auf finanzielle Hilfe beim Umbau von Heißwasserspeichern und Gasheizungen zu unterstützen. "Stellen Sie Ihr soziales Gewissen nicht auf die Sparflamme des Erdgases", schloß er mit einem Wortspiel.

Im Schlußwort ging Gemeinderat Pöder noch einmal auf den Typensalat der Geräte ein: leider seien es vor allem österreichische Firmen, deren Geräte - auch jüngeren Datums - sich nicht umbauen lassen. Er finde es eigenartig, meinte Pöder, wenn die ÖVP für noch größere Hilfe für den Kunden plädiere. Bei der Budgetdebatte würde jedoch sicher von der Unwirtschaftlichkeit der Stadtwerke gesprochen.

Die Hilfe der Stadt Wien bei der Erdgasumstellung beinhalte das Maximum. Mehr sei wirtschaftlich nicht vertretbar. Zur NIOGAS sei zu sagen, daß diese Gesellschaft nur zehn Prozent Abnehmer in den Haushalten aufweise. 90 Prozent des niederösterreichischen Gases wird an Industrie und Gewerbe geliefert - und hier gäbe es überhaupt keine Stützungen.

Abstimmung einstimmig angenommen.

WIG 74

Stadtrat Heller beantragte die Errichtung des Großparks der WIG 74 am Südhang des Laaer Berges (Gesamtaufwand: 350 Millionen Schilling). Die Gemeinderäte konnten sich dazu an einem im Sitzungssaal aufgestellten Strukturmodell im Maßstab 1:1000 und an einem Plan (Vorentwurf) des zur Ausführung bestimmten Projektes orientieren. Heller schilderte die bereits angelaufenen Vorarbeiten und nannte als hauptsächliche Verkehrsmaßnahme die Verlängerung der Linie 167 bis zum Haupteingang der WIG. Die beantragte Summe beinhalte die Hochbauten (demontierbare Hallen, Zelthallen, Ladenstraße, Fußgängersteg über die Laaer Berg-Straße, Wirtschaftshof), die gärtnerische Herstellung, die Aufschließungsarbeiten und 15 Prozent für "Unvorhergesehenes". Um keine Pflanzungsperiode zu versäumen, werde man schon im November mit Pflanzungsarbeiten beginnen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) nahm vor allem zur Verkehrssituation ("leider nur eine einsame Straßenbahnlinie"), zur Parkplatzfrage und zur Kostenfrage Stellung. Er forderte für den Bereich des Haupteingangs im Süden bessere Parkmöglichkeiten. Da heute der Donaupark "als Veranstaltungszentrum tut" sei, müsse man sich fragen, ob diesmal besser geplant und kalkuliert wurde. Dr. Schmidt zitierte eine "recht optimistische Vorausschau" des damaligen Berichterstatters Heller, als 4,1 Millionen Schilling für zusätzliche Beleuchtungskörper für die Seebühne beantragt wurden. Danach sollte die Seebühne vor allem für Konzerte, Ballette und Theaterveranstaltungen verwendet werden, heute stehe sie weitgehend leer. Der Donaupark sei ein "Sammelbecken gigantischer Fehlinvestitionen".

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) warf ein, daß die Gestaltung der WIG 74 wohl weniger schwierig sei als die der WIG 64, deren Gelände erst mühsam saniert werden mußte. Auch das Einzugsgebiet des Laaer Bergs biete günstigere Voraussetzungen. Die ursprünglich für die WIG 74 geplante nun aber gestrichene Einschienenbahn halte er in der Tat für nicht notwendig. Der Redner urgierte ein umfassendes Verkehrskonzept für den künftigen WIG-Bereich und den Ausbau der Donauländebahn als S-Bahn.

GR. Dr. Tuma (DFP) malte ein zu erwartendes Verkehrschaos an die Wand: Es sei höchste Zeit in einem Generalplan alle großen Bauvorhaben finanziell und funktionell "unter einen Hut zu bringen".

GR. Deutsch (SPÖ) sprach sich optimistisch über die Meisterung der Verkehrssituation aus und wies auf den Plan eines zusätzlichen Autobusverkehrs hin. Auch könne man bei der Schaffung einer besonders für die Bevölkerung von Favoriten und Simmering so bedeutenden Erholungszone nicht von Geldverschleuderung sprechen. Hinsichtlich der Kostenberechnung sei der Einbau der Beträge für Unvorhergesehenes und für Preissteigerungen beruhigend groß. Deutsch gab seiner Freude Ausdruck, daß Wien nun wenigstens die "Olympiade der Berufsgärtner" bekomme.

GR. Jedletzberger (ÖVP) freute sich darüber, daß Wien nun endgültig - trotz starkem Konkurrenzdruck von Paris und

Holland - diese Gartenschau durchführen könne. Es wäre aber gut, wenn noch Spielplätze und Kinderfreibäder eingeplant werden könnten. Das Erholungsgebiet werde besonders durch das empfohlene Weinbauschutzgebiet und die Möglichkeit der Einrichtung neuer Buschenschankbetriebe eine zusätzliche Attraktion erhalten. Für den österreichischen Gartenbau, der sein Bestes zum Gelingen beitragen werde, sei die WIG ein großer friedlicher Wettbewerb. Unter anderem seien sechs große Sonderschauen geplant und in Paris bereits in das Ausstellungsregister aufgenommen worden.

Stadtrat Heller dankte für alle Anregungen, die er sehr ernst nehmen werde. Er nahm dann ausführlich zur Kostenfrage Stellung: Es sei festzuhalten, daß erst nach dem grundsätzlichen Beschluß über den Sachkredit die Detailprojekte ausgearbeitet werden können. Da jedoch der überwiegende Teil der Hochbauten (zum Beispiel Restaurants) durch private Investoren errichtet werden sollen, sei von dieser Seite her keine "Überraschung" zu erwarten. Für Unvorhergesehenes seien 39 Millionen Schilling, für Preissteigerungen 47,6 Millionen in die auf Kosten-schätzungen und Erfahrungswerten aufgebaute Berechnung eingeschlossen. Im übrigen üben zuständige Gemeinderatsausschüsse und der Stadtsenat ihre Kontrollfunktionen aus. Sofern es bei der WIG 74, für die bereits jetzt 20.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche in den Kosten berücksichtigt sind, zu keinen wesentlichen Projektausweitungen komme (zum Vergleich: bei der WIG 64 mußte die Ausstellungsfläche von 6.000 auf 15.000 Quadratmeter vergrößert werden), werde man weitgehend im genannten Kostenrahmen bleiben.

Stadtrat Heller bezeichnete dann einen Zeitungsartikel über die angebliche "Rattenplage" im Donaupark als stark übertrieben. Bei der Rückschau auf die WIG 64 müsse man nicht nur den Erfolg in barer Münze sondern auch die noch jetzt nachwirkenden starken wirtschaftlichen Impulse ins Kalkül ziehen. Zwar sei die Seebühne ("keine Erfindung des Städtgartenamtes sondern der Veranstaltungsgesellschaft") nicht so ausgelastet wie man ursprünglich dachte, das reiche Sportprogramm in den Hallen des Donauparks, die Frequenz des Au-Restaurants, des Donauturms seien aber doch als Positiva zu werten.

Die Verkehrssituation werde man nach bestem Wissen meistern, auch könnten die Parkflächen noch erweitert werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

135 weitere Millionen für Rudolfsstiftung

Am 26. April 1968 hat der Gemeinderat 470 Millionen Schilling für das Bettenhaus, den Behandlungstrakt und das Werkstättegebäude in der Krankenanstalt Rudolfsstiftung genehmigt. Nun legte Stadtrat Dr. Krasser (ÖVP) den Antrag vor, weitere 135 Millionen für die Ausstattung dieser Gebäude mit den erforderlichen Röntgenapparaten, medizinisch-technischen Geräten, Sterilisationsanlagen und sonstigem Mobiliar zu bewilligen.

GR. Doz. Dr. Gisel (SPÖ) verwies darauf, daß allein die Betten und Nachtkästchen für die Rudolfsstiftung 6 Millionen, das übrige Mobiliar 12 Millionen, die Ergänzung der an sich modernen Küche mehr als 4 Millionen Schilling kosten. Er hob die große Leistung des Personals in dieser Anstalt hervor. Man hatte damit gerechnet, daß unter der Behinderung durch den Neubau 520 Betten mit 189.000 Verpflegstagen im Jahr benützt werden könnten. Tatsächlich konnten mit 583 Betten 216.000 Verpflegungstage geleistet werden. Dabei wurde mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 16 Tagen eine europäische Spitzenleistung erreicht. Die vorbildliche Arbeit des Personals in Verbindung mit der modernen Einrichtung hat dies ermöglicht. Es muß auch daran erinnert werden, daß die Stadtverwaltung pro Verpflegungstag 193,47 Schilling vergütet erhält, aber - ohne Berücksichtigung des Inventars - 480,79 Schilling aufwenden muß, also pro Verpflegungstag mehr als 300 Schilling selbst aufzubringen hat.

Ausführlich sprach GR. Dr. Gisel über die Auswirkung der immer höheren technischen Spezialisierung im Gesundheitswesen. Zum Arzt und zur qualifizierten Krankenschwester sind der Ingenieur, der Chemiker und der Physiker getreten.

./.

Immer seltener wird die Schwester ins Krankenzimmer kommen, weil es wirksame technische Mittel der Krankenüberwachung gibt. Noch sind wir nicht so weit, daß der Chirurg den Patienten erst in narkotisiertem Zustand auf dem Operationstisch sieht, sondern er untersucht ihn noch vorher. Noch begnügt sich der Herzspezialist nicht mit dem Kardiogramm, sondern führt selbst auch eine Untersuchung durch. Aber der Röntgenarzt kommt mit dem Patienten nur mehr im verdunkelten Röntgenraum in Kontakt, sonst nicht. Die Veränderungen im Gesundheitswesen gehen immer tiefer. Zahlreiche Sprengelärztestellen in Wien, vor allem in den Randbezirken, sind unbesetzt. Liegt hier nicht eine ideelle Umstellung vor? Wie lange wird es den praktischen Arzt noch geben? Werden wir zur Mehr-Ärzte-Praxis der verschiedenen Spezialisten kommen oder werden wir diese Entwicklung, die es in anderen Ländern schon gibt, überspringen und gleich das Stadium der polymedizinischen Zentren erreichen? Werden diese Zentren vielleicht in die Spitäler integriert werden? Die Öffentlichkeit soll über diese bevorstehenden grundlegenden Änderungen im medizinischen Bereich rechtzeitig und ausführlich informiert werden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Die siebente Subventionsliste 1970 legte GR.Hans Mayr (SPÖ) vor. Danach sollen elf Vereinigungen insgesamt 1,744.000 Schilling erhalten. GR.Dr. Schmidt (FPÖ) brachte seinen bereits traditionell gewordenen Einwand vor, daß seine Partei nicht der Subventionierung der Österreichischen Widerstandsbewegung zustimmen werde und beantragte die Herausnahme dieses Punktes aus der Subventionsliste und eine getrennte Abstimmung.

Die Subventionsliste wurde hierauf einstimmig angenommen. Die Subvention der Österreichischen Widerstandsbewegung wurde ohne die Stimmen der FPÖ angenommen.

Behindertenwohnheim

GR. Paulas (SPÖ) beantragt die Gewährung einer Subvention von zehn Millionen Schilling an den Verein "Jugend am Werk" für die Adaptierung und Modernisierung des Behindertenheimes in Innermanzing. Jugend am Werk betreut seit mehr als zehn Jahren behinderte Jugendliche und seit vier Jahren führt die Aktion ein Wohnheim in Rodaun, das vollkommen ausgelastet ist. Bei der Suche nach einem weiteren geeigneten Objekt wurde das Karl Höger-Heim in Innermanzing gefunden und mit Gemeinderatsbeschluß vom Mai 1970 um den Preis von 4,2 Millionen erworben. Um das Heim jedoch benützen zu können, sind größere Adaptierungs- und Modernisierungsarbeiten notwendig.

GR. Gawlik (SPÖ) verweist auf die hervorragende Leistung von "Jugend am Werk" auf dem Sektor der Behindertenhilfe für Jugendliche. Das Internat Rodaun, das behinderten Jugendlichen zur Verfügung steht, ist nun nicht mehr ausreichend. Auf einer Warteliste sind bereits 22 Burschen und 17 Mädchen für die Einweisung vorgemerkt. Diese Warteliste hat dazu geführt, daß man ein neues Heim suchte, das nun entsprechend adaptiert werden soll. Es sollen damit 60 Internatsplätze mit den notwendigen Werkstätten für die jungen Leute geschaffen werden. Gleichzeitig soll ein Urlaubsheim angebaut werden, in dem 30 behinderte Jugendliche ihren Urlaub verbringen können.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

(Schluß der Sitzung um 16.20 Uhr.)

- - -

Wiener Gemeinderat (Zusammenfassung)
=====

Wien, 16.10. (RK) Dem Wiener Gemeinderat, der Freitag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek zu einer fünf Stunden dauernden Sitzung zusammengetrat, erledigte eine Tagesordnung mit insgesamt 229 Geschäftsstücken. Von den Punkten, über die sich eine Debatte entspann, ist vor allem die von Vizebürgermeister Slavik beantragte Vorfinanzierung für acht Schnellbahnzugsgarnituren (125 Millionen-Kredit) sowie von 17.100 Telefonanschlüssen (82 Millionen Schilling) hervorzuheben.

Dazu meldete Gemeinderat Müller (DFP) Kritik an: Man habe zwar die U-Bahn-Abgabe eingeführt, aber stelle jetzt dem Bund Kredite zur Verfügung. Gemeinderat Dr. Goller (ÖVP) meinte zu Slaviks Ausführungen, daß die Wiener eine große finanzielle Hilfe leisten, damit die SPÖ-Regierung ihr Wahlversprechen halten kann. Dazu replizierte GR. Dinhof (SPÖ), daß es Vorfinanzierungen auch während der Zeit der ÖVP-Regierungen gegeben habe. Im Schlußwort bemerkte Vizebürgermeister Slavik, es sei gar nicht so schwer, Politik in Wien zu machen. Man muß nur einfach die Interessen der Wiener Bevölkerung als oberste Maxime politischen Handelns verstehen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen über das Wohnungsverbesserungsgesetz kam es im Zusammenhang mit einem Antrag auf nachträglichen Einbau von Aufzügen in einer städtischen Wohnhausanlage. GR. Dr. Ebert (ÖVP) stellte dazu fest, daß 62 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel von der Gemeinde Wien selbst in Anspruch genommen wurden. GR. Windisch (SPÖ) entgegnete, dies sei leicht zu erklären: die privaten Hausbesitzer hätten an den Verbesserungen kein großes Interesse.

Bei der Debatte über eine Ausfallhaftung der Gaswerke für die Kreditaktion zur Neuanschaffung von Gasgeräten (Berichterstatter GR. Pöder (SPÖ) erinnerte GR. Hahn an den ÖVP-Antrag, auch beim Umbau von Heißwasserspeichern und Gasheizungen finanzielle Hilfe zu leisten. GR. Pöder meinte jedoch, daß die Hilfe der Stadt Wien bei der Erdgasumstellung das Maximum beinhalte.

Über die bevorstehende WIG 74 referierte Stadtrat Heller (SPÖ). Der Gesamtaufwand wird voraussichtlich 350 Millionen betragen. Darin sind Hochbauten, wie Hallen, Ladenstraßen, Fußgängerstege und ein Wirtschaftshof sowie die gärtnerische Herstellung enthalten. Schon heuer im November werde mit Planungsarbeiten begonnen.

In der Debatte kritisierte GR. Dr. Schmidt (FPÖ), daß nur eine einsame Straßenbahnlinie (167) zur WIG 74 führe. Er verlangte auch bessere Parkmöglichkeiten. Da heute der Donaupark als Veranstaltungszentrum tot sei, hoffe er, daß diesmal besser geplant und kalkuliert wurde. Gemeinderat Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) warf ein, daß die Gestaltung der WIG 74 weniger schwierig sei als der WIG 64, deren Gelände erst mühsam saniert werden mußte. Er urgierte jedoch ein umfassendes Verkehrskonzept und den Ausbau der Donauländebahn als S-Bahn. Gemeinderat Dr. Tuma (DFP) befürchtete wie sein FPÖ-Vorredner ebenfalls ein Verkehrschaos. Dagegen optimistisch war Gemeinderat Deutsch (SPÖ). Es existiere ein Plan einer zusätzlichen Autobuslinie. Gemeinderat Jedletzberger (ÖVP) freute sich, daß Wien trotz starker Konkurrenz die Gartenschau durchführen könne. Man sollte jedoch auch noch Spielplätze und Kinderfreibäder einplanen. Ferner sei die Möglichkeit für neue Heurigenbetriebe gegeben.

Ein düsteres Bild der bevorstehenden Veränderungen in der medizinischen Betreuung malte Gemeinderat Dr. Gisel (SPÖ) an die Wand, als über die Einrichtung des neuen Krankenhauses Rudolfsstiftung (Referent Dr. Krasser, ÖVP) gesprochen wurde. Noch sind wir nicht so weit, daß der Chirurg dem Patienten erst imnarkotisierten Zustand auf dem Operationstisch sieht. Aber es ist die Frage, wie lange es dem praktischen Arzt noch geben wird. Die Öffentlichkeit sollte über die bevorstehenden grundlegenden Änderungen im medizinischen Bereich rechtzeitig informiert werden. (Schluß)

Wiener Gemeinderat (Nachlese)

=====

Wien, 16.10. (RK) Mehr als 200 der insgesamt 229 Tagesordnungspunkte wurden Freitag vom Wiener Gemeinderat ohne Debatte angenommen. Dazu gehörte eine lange Liste von Grundkäufen und -transaktionen, weiter viele Genehmigungen zum Einbau von Personenaufzügen in städtischen Wohnhäusern sowie eine Reihe kleinerer und größerer Subventionen.

Schulen und Wohnungen kamen ebenfalls nicht zu kurz: Genehmigt wurden 20 Millionen Schilling für eine Schule in der Grinzinger Straße (19. Bezirk), eine Schulerweiterung (neun Klassen) in der Georg Bilgeri-Straße im 22. Bezirk mit 16,1 Millionen sowie der Bau der Volkshochschule Hietzing in der Speisinger Straße (17,8 Millionen).

Der Wohnbau war mit neuen Anlagen in der Goldschlagstraße (15. Bezirk 20,9 Millionen), der Spengergasse (5. Bezirk, 9,3 Millionen) und der Margaretenstraße (4. Bezirk, 6,8 Millionen Schilling) vertreten.

Zum Straßenbau: Der Umbau der Laxenburger Straße wurde genehmigt (Buchengasse bis Migerkastraße, Kosten 12,4 Millionen Schilling), ebenso der Umbau der Gudrunstraße (Laxenburger Straße bis Absberggasse, Kosten 11,8 Millionen Schilling).

Weitere Posten: 6. Bauabschnitt der Kaianlage im Hafen Freudenau (32,5 Millionen), Investitions-Kreditaktion für gewerbliche Betriebe (30 Millionen), Instandsetzung der Anstaltskirche im Psychiatrischen Krankenhaus (4,6 Millionen), Vorbereitungen für die WIG 74 (3 Millionen Schilling).

- - -

Lebensmittelvergiftung:Zwei Drittel der Patienten entlassen
=====

Wien, 16.10. (RK) Im Verlauf des Freitag konnten bereits zwei Drittel der 4* mit "Staphylokokkus aureus" infizierten Personen aus der Spitalsbehandlung in die häusliche Pflege entlassen werden. Die restlichen Patienten werden morgen, Samstag, noch das Krankenhaus verlassen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

16 Wien, 16.10.(RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Grundsalat 2.50 bis 3 S je Stück, Karotten 4 S, Kohl 5 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse II, 5 bis 6 S, Birnen, Qualitätsklasse II, 4.50 bis 6 S, Zwetschken 3 bis 6 S je Kilogramm.

1415

- - -